

Verlauf der Nachkriegsjahre wuchsen die deutschen Kompetenzen, wengleich wesentlich langsamer als in der Bizone⁴³ und im wesentlichen in umgekehrter Funktion des Ausmaßes, in dem die jeweiligen ökonomischen Sektoren die Interessen der Besatzungsmacht berührten. Besonders weitgehend bezog die französische Militärregierung Teilbereiche in das Bewirtschaftungssystem ein, welche – wie die Ernährung – für die Verwaltung der Zone lebenswichtig waren oder ihr einen Zugriff auf die für Frankreich ökonomisch relevanten Sparten ermöglichten. Die typischen Koordinationsprobleme solcher Teil-Zentralverwaltungswirtschaften wurden in der französischen Zone noch durch das Neben- und Gegeneinander nicht nur der verschiedenen Sektoren mit ihren jeweils eigenen Prioritäten, sondern auch der drei verschiedenen Verwaltungen: der deutschen, der französischen Zivil- und der französischen Armee-Verwaltung, verstärkt. In „vertikaler“ Struktur entwickelte sich eine aufgelockerte Zentralverwaltungswirtschaft, indem auch in zentralgeleiteten Sektoren allmählich liberale Elemente zur Geltung kamen.⁴⁴ So wurden Marktmechanismen insofern zumindest theoretisch berücksichtigt, als die Herstellerkontingentierung allmählich durch eine Endverbraucherkontingentierung abgelöst wurde; mit Hilfe durchlaufender Bezugsscheine wurde die Rohstoffzuweisung nach dem nachgewiesenen Absatz der Fertigprodukte einer Firma vorgenommen. Wengleich mit Verzögerung – und in der Praxis mit oft unüberwindlichen Schwierigkeiten –, so sollte die tatsächliche Nachfrage auf diese Weise im Bewirtschaftungssystem doch berücksichtigt werden. In allen kriegführenden Ländern sind solche Auflockerungsformen während des Übergangs von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft in unterschiedlicher Weise praktiziert worden. In Deutschland entwickelten sie jedoch stärkere politische Nebenwirkungen als in den siegreichen Ländern. Denn unter der Besatzungsherrschaft verwoben sich die – nach neoliberaler Auffassung unausweichlichen – ökonomischen Steuerungsprobleme mit den politischen Kontroversen zwischen Besatzungsmacht und unterworfenen Bevölkerung.

War die Bewirtschaftungspolitik bis 1945 noch als kriegsnotwendig im wesentlichen akzeptiert worden und sahen die Alliierten in ihrer Fortsetzung zunächst die einzige Möglichkeit der Wirtschaftsverwaltung im Chaos des Zusammenbruchs, so wurde sie für die deutsche Seite, vor allem in der französischen Zone, nun rasch zum Inbegriff von Ausbeutung, Schikane und „Morgenthau-Politik“. Als solche erscheint sie nach wie vor auch weithin in der Literatur, die damit auch dort, wo sie sich von neoliberalen Analysen dezidiert absetzt, Teile dieser Analysen implizit bestätigt: 1945 wurde der Zusammenhang zwischen politischem System und Wirtschaftspolitik, wie ihn Röpke und andere für das „III. Reich“ dargestellt hatten, gewissermaßen in deutscher Perspektive wirksam, jetzt allerdings weniger gegen das „III. Reich“ als gegenwartsbezogen gegen die Besatzungsmächte gerichtet. In der Tat ist die Trennungslinie zwischen Verteilung des Mangels einerseits und Wirtschaftslenkung im

⁴³ Vgl. HENKE, Politik der Widersprüche, S. 71, u. LAUFER, Industrie, S. 84 f. Henkes und Laufers auf September 1948 bezogener Vergleich belegt allerdings mehr das unterschiedliche Tempo der ordnungspolitischen Liberalisierung als grundsätzliche Unterschiede zwischen den Alliierten, die in der Frühzeit der Besetzung weit weniger groß waren.

⁴⁴ Auch in der Bizone erfolgte diese Lockerung nur langsam, so für die Eisenbewirtschaftung Mitte 1947; vgl. Adolf WEBER, Deutsches Wirtschaftsleben, S. 101.